

Nr. 6058 W

II-12495 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1994-02-03

## ANFRAGE

der Abgeordneten Sigl, Onodi  
und Genossen  
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr  
betreffend "niederösterreichischer Länderzuschlag" zur Mineralölsteuer

Die Mineralölsteuer-Erhöhung ab 1.1. 1994 erfolgte einerseits, um umweltpolitisch erwünschte Treibstoffspareffekte sowie optimale Relationen zu den Treibstoffpreisen des Auslandes zu erzielen, andererseits aber vor allem, um die finanziellen Erfordernisse für den Ausbau des Nahverkehrs abzudecken.

Aus der Mineralölsteuer-Erhöhung ist für 1994 ein Steuermehraufkommen von ca. 1,3 bis 1,4 Mrd. Schilling zu erwarten. Dieses wird quasi als "Länderzuschlag" zur Gänze den Ländern für den Ausbau und die Förderung des Nahverkehrs überwiesen werden. Daher wäre es nun sicherlich an der Zeit zu fragen, was mit diesen nicht unerheblichen und praktisch zweckgebundenen Mitteln konkret geschieht.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr die nachstehende

*Anfrage:*

1. In welchem Ausmaß hat sich das Land Niederösterreich in Verhandlungen mit dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr bereit erklärt, Mittel aus der Mineralölsteuer-Erhöhung für den niederösterreichischen Schienenregionalverkehr zur Verfügung zu stellen?